„Wir sind das Volk!“

Dokumente einer demokratischen Revolution

Mit der folgenden, chronologisch gegliederten Dokumentation setzen wir den in Heft 11/1989, S. 1400 ff. begonnenen Überblick zur Entwicklung in der DDR fort. D. Red.

Offener Problemkatalog des Neuen Forum

Wirtschaft und Ökologie

Wir sind unzufrieden darüber, daß unsere Wirtschaft an vielen Stellen schlecht funktioniert. Deshalb drohen unser beruflicher Einsatz und unser Interesse an gesellschaftlichen Belangen mehr und mehr zu erlahmen. Natürlich verstärken sich diese beiden Aspekte gegenseitig.

Noch scheint unsere Wirtschaftssituation im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern günstiger – dank äußerer Umstände und vielleicht geringeren Ausmaßes an Mißwirtschaft; trotzdem stimmen der im Vergleich zu hochentwickelten Industriestaaten vorhandene Rückstand in der Arbeitsproduktivität, die charakteristische Überalterung der Produktionsmittel, der Mangel an Waren des Grundbedarfs und die Schwierigkeiten der DDR, auf dem Weltmarkt Schritt zu halten, bedenklich. Grundsätzliche Änderungen in der Wirtschaftsführung, die im einzelnen umstritten sind und eine vernünftige Abwägung erfordern, können nur von Regierung, Fachleuten und der Bevölkerung gemeinsam herbeigeführt werden. Zur Diskussion stehen unter anderem die folgenden Fragen:

– Welche Ziele wollen wir mit unserer Wirtschaft verfolgen und welche Werte sind uns dabei wichtig?

– Welche Schwerpunkte für die Entwicklung unseres Wirtschaftspotentials leiten sich daraus ab?

– Wie kann eine breitere gesellschaftliche Beteiligung an Grundsatzbeschlüssen (z. B. Energiepolitik, Großinvestitionen) und lokalen Entscheidungen (z. B. Bau von Kläranlagen) verwirklicht werden?

Wir brauchen neue Bewertungsmaßstäbe, mit deren Hilfe wir den erwarteten Nutzen einer Entscheidung gegen ihre sozialen Auswirkungen (etwa Schichtarbeit), ökologische Folgen (z. B. Waldsterben) und Risiken (z. B. AKW-Unfälle) abwägen können.

– Welche Strukturen des gesellschaftlichen Eigentums können die persönliche Initiative und das Verantwortungsbewußtsein wirkungsvoller anregen?

– Ist die Beteiligung der Werktätigen an der Lenkung der Wirtschaft genügend gewährleistet? (z. B. Funktionen der Gewerkschaft, Streikrecht).

– Wie können Reformen der Preis- und Subventionspolitik so gestaltet werden, daß die Lenkung der Wirtschaft verbessert und Verschwendung reduziert wird, ohne jedoch soziale Härten zu erzeugen?

– Wie kann die Geldwertstabilität gewährleistet und ein wachsendes Mißverhältnis zwischen Preis und Leistung vermieden werden?

– Wie kann überflüssige und hinderliche Bürokratie im Produktions- und Verteilungsprozeß abgebaut werden?

– Welche wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten eröffnen die Fortschritte der Abrüstungs- und Entspannungspolitik?

– Die Umweltbelastung (Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung) hat bedrohliche Formen angenommen. Wie können wir erreichen, daß ihre Verringerung eine Hauptaufgabe der kommenden Jahrzehnte wird?

– Wie können wir die Bevölkerung über den Umfang und die Folgen der verschiedenen Umweltbelastungen sachlich informieren? Wie weit sind wir bereit, Einschränkungen unserer Konsumgewohnheiten zugunsten der Lebensqualität der kommenden Generationen und einer intakten Umwelt mitzutragen?

– Welche Wege in der Energiepolitik können zu einer drastischen Senkung des Energieverbrauchs führen? Wie können wir erreichen, daß ernsthaft nach Alternativen zu der problemreichen Kombination Braunkohle/Kernenergie gesucht wird?

– Können wir umweltfreundlichere Tierzucht- und Anbauverfahren sowie Betriebsgrößen in der Landwirtschaft einführen?

– Wie kann die Leistungsfähigkeit und Attraktivität des Güter- und Personenverkehrs verbessert werden?

– Welche Lehren können wir aus den Schwierigkeiten ziehen, die die einseitige Ausrichtung auf das Auto im In- und Ausland unübersehbar bereitet?

Kultur, Bildung, Wissenschaft

Notwendig ist der Übergang zu Unabhängigkeit und Selbständigkeit im Kultur- und Geistesleben, in Wissenschaft, Presse und Publikationswesen, sowie der Aufbruch der Volksbildung aus Disziplin und Langeweile. Diese Bereiche gehen jeden Bürger unmittelbar an und sollten einer öffentlichen und kritischen Diskussion zugänglich sein. Voraussetzungen dafür sind

– Abschaffung der Zensur (Genehmigungswesen von Publikationen)

– Freie Druck- und Vervielfältigungsmöglichkeiten

– Öffentliche Kontrolle von Rundfunk und Fernsehen

– Veränderung der Zulassungs- und Auswahlprinzipien in Erziehung, Wissenschaft und Kultur

– Selbständige kulturelle Einrichtungen (Theater, Studios, Galerien, Versammlungsräume)

– Rettung der organisch gewachsenen städtischen und dörflichen Strukturen und Erhaltung denkmalsgeschützter und kulturhistorisch wertvoller Bauten.

Darüberhinaus haben wir folgende Fragen und Forderungen:

– Wie können wir dazu beitragen, daß weiße Flecken und Entstellungen in der Geschichtsschreibung der vergangenen Jahrzehnte aufgearbeitet und korrigiert werden? Wie vermitteln wir die neuen Erkenntnisse Jugendlichen und Erwachsenen?

– Wie kann sich eine neue Kultur des Umgangs miteinander herausbilden?

– Wissenschaft und Kultur brauchen internationalen Austausch, der nicht durch Vorschriften und Anordnungen gedrosselt werden darf.

– Kein Export von Kulturgütern – Kein Import von Müll.

Rechts- und Staatswesen

Der Staat ist um der Menschen Willen da! Er darf nicht mehr sein als ein Zusammenschluß von Menschen unter Rechtsgesetzen.

Gesetzte sollen die allgemeinverbindlichen Formen der demokratischen Übereinkünfte zwischen mündigen Bürgern sein.

Rechtens ist, was sich auf dem Boden solcher Gesetze vollzieht.

Damit aus dem vormundschaftlichen Staat ein Rechtsstaat werden kann, müssen wir einen Wandel im Rechts- und Staatsleben der DDR herbeiführen. Das beinhaltet die Einrichtung der Gewaltenteilung und die wirksame öffentliche Kontrolle aller Schutz- und Sicherheitsorgane durch die Volksvertretungen. Damit die Menschen diesen Wandel auf demokratischem Wege herbeiführen können, bedarf es zunächst einer Reform des Wahlrechts und die uneingeschränkte Gewährleistung der Grundrechte.

Wir sind uns bewußt, daß der demokratische Wandel in der DDR sich von unten her entwickeln muß und nicht allein von oben her verordnet werden kann. Auf dem Weg zu diesem Ziel unterstützen wir jede Rechtsänderung,

– die darauf gerichtet ist, Benachteiligungen für Bürger und Gruppen zu verhindern, die nach den Grundsätzen der Verfassung von ihrem Recht der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit Gebrauch machen;

– welche die Unabhängigkeit der Richter, der Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte und der Rechtsanwälte stärken sowie die Einflußnahme der politischen Parteien auf die Auswahl und berufliche Beförderung der entsprechenden Personen unterbinden will.

Damit oppositionelles Handeln nicht mehr kriminalisiert werden kann, sind kurzfristig die entsprechenden Tatbestände des politischen Strafrechts, insbesondere die sogenannten Staatsverbrechen

- Hochverrat (96 StGB)
- Landesverrat (97–100 StGB)
- Staatsfeindliche Hetze (106 StGB)
- Verfassungsfeindlicher Zusammenschluß (107 StGB)
- Widerstand gegen staatliche Maßnahmen (212 StGB)
- Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit (217 StGB)
- Zusammenrottung (217 StGB)

zu überarbeiten und neu zu fassen.

Damit der Grundsatz der Gesetzlichkeit in der Verwaltung der DDR gestärkt wird, müssen sämtliche Verwaltungsakte gerichtlich überprüfbar sein.

Anstelle enggefaßter Reiseregelungen fordern wir uneingeschränkte Freizügigkeit, einschließlich des Rechts für jeden Bürger, die DDR zu verlassen und zurückzukehren.

Quelle: „Der Tagesspiegel", 10. 10. 1989.

Ein Neuer Regenbogen

Gründungsaufruf der Lesben und Schwulen für ein „rosa-lila Forum" vom 7. Oktober 1989

In den letzten Tagen legten friedliche Willensbekundungen und zahlreiche Unterschriften unter Aufrufen, Resolutionen und Protestnoten Zeugnis von tiefgehenden Spannungen zwischen Volk und der politischen Führung unseres Landes ab. (. . .)

Als linke Lesben, Schwule und Menschen, die immer noch den kategorischen Imperativ vom alten Marx auf ihre Fahnen geschrieben haben, daß es gilt, „. . . alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist", treten wir darüber hinaus für eine Seite des menschlichen Lebens ein, die niemandem fremd sein sollte, bislang aber entschieden zu kurz kam: Wir verbinden das Streben nach der umfassenden

menschlichen Emanzipation mit dem Kampf um befreite Sexualität und Liebe. Schwule und Lesben erfahren Unterdrückung in dieser Hinsicht doppelt und dreifach.

Noch immer werden die Interessen von Schwulen und Lesben in unserem Land ungenügend berücksichtigt. Die endlich erfolgte formale juristische Gleichstellung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die zaghafte Erweiterung von Begegnungsmöglichkeiten mehr der Integration von Lesben und Schwulen in ein veraltetes Gesellschaftsmodell als ihrer wirklichen Emanzipation dienen soll.

Es bleiben auch für Lesben und Schwule zuwenig Möglichkeiten, ureigenste Interessen selbstverantwortet wahrzunehmen. Weder gibt es eine wirksame parlamentarische Vertretung noch Medien in eigener Regie.

Die eigentliche, historisch unzweifelhafte Legitimation unseres Staates, der Antifaschismus, bleibt auf halber Strecke stehen, wenn es um das Schicksal Hundertausender von Schwulen und Lesben in unserer Geschichte und Gegenwart geht.

Darum fordern wir: eine Geschichtsschreibung, die die homosexuellen Opfer des Faschismus nicht länger totschweigt; die Anerkennung der ehemaligen KZ-Häftlinge mit dem rosa Winkel als Verfolgte des Naziregimes; Wiedergutmachung für jene, die auch in der DDR wegen ihrer Liebe zum eigenen Geschlecht verfolgt wurden; eigenverantwortete Strukturen und Organisationen, um unsere Interessen selbst zu vertreten; den Abbau noch bestehender gesetzlicher Benachteiligungen, beispielsweise in Erb-, Steuer- und Adoptionsrecht; neue Wege in der Unverheiratetenpolitik und entsprechende wohnungspolitische Konsequenzen; eine Aids-Politik, die nicht weiterhin durch Ignoranz gegenüber den gruppenspezifischen Problemen von Schwulen Schuld für den Tod von Menschen auf sich nimmt; ein einklagbares Asylrecht für all jene, die aus politiscchen oder geschlechtsspezifischen Gründen in ihrer Heimat verfolgt werden, also auch für die Schwulen und Lesben Rumäniens, Irans und anderer Staaten; ein konsequentes Berücksichtigen schwulen- und lesbenpolitischer Aspekte in Volksbildung, Armee, Strafvollzug etc. durch Einbeziehung derer, die es angeht; sowie ein Verankern dieser neuen Politik in der Verfassung durch den Grundsatz, daß niemand aufgrund seiner geschlechtlichen Neigung in irgendeiner Form diskriminiert werden darf.

Wir begrüßen die aufbrechende Meinungsvielfalt, wie sie sich in den verschiedensten politischen Plattformen, Initiativen und Gruppierungen bis hin zur Parteiengründung artikuliert. Wir sprechen uns für alle Formen der friedlichen, demokratischen Meinungsbildung und -äußerung aus. Wir sind bereit, unsere lesben- und schwulenpolitischen Forderungen auch in die traditionellen und sich formierenden politischen Vereinigungen und Strukturen einzubringen.

Wir rufen alle Lesben und Schwulen auf, sich unabhängig vom bisherigen Rahmen ihres Engagements in einem *rosa-lila Forum* des gemeinsamen Gesprächs zusammenfinden. Es soll Teil sein eines pluralistisch-sozialistischen gesamtgesellschaftlichen Forums, das sich über unser Land spannt als *Neuer Regenbogen*.

Quelle: taz, 24. 10. 1989

Ein Weg aus der Perspektivlosigkeit, der nicht in die Bundesrepublik führt

Aufruf zur Gründung einer unabhängigen Betriebsgewerkschaft „Reform" vom 17. Oktober 1989

In der Gewißheit, daß der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund nicht die Interessen der Mehrheit der Werktätigen in der DDR wahrnimmt, nicht ihr Vertrauen genießt, und sich statt dessen als

Bündnispartner der SED begreift, haben wir, Mitarbeiter im VEB Geräte- und Reglerwerk „Wilhelm Pieck" Teltow beschlossen, aus dem FDGB auszutreten und die unabhängige Betriebsgewerkschaft „Reform" zu gründen.

Wir reihen uns in die demokratische Reformbewegung unseres Landes ein und unterstützen die Forderung nach Zulassung der aus ihr hervorgegangenen Gruppen und Parteien, deren ungehinderte politische Betätigung und gleichberechtigte Teilnahme an freien und kontrollierten Wahlen, sowie die Forderung nach Pressefreiheit, einem demokratischen Versammlungs- und Demonstrationsrecht. Wir schließen uns dem Kampf der Reformkräfte um die Freilassung der aus politischen Gründen Inhaftierten an.

Die „Reform"-Gewerkschaft ist allein ihren Mitgliedern verpflichtet und wird sich nicht den Beschlüssen von Parteien oder anderer Organisationen unterordnen.

Wir appellieren in der heutigen kritischen Situation an alle Kolleginnen und Kollegen unseres Betriebes und an die Werktätigen unserer Republik, Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft zu tragen.

Suchen wir gemeinsam nach einem Weg aus der Perspektivlosigkeit, der nicht in die Bundesrepublik führt!

Führen wir den Kampf um Reformen:

- Eigenständigkeit der Betriebe und freie Entfaltung der Initiative der Werktätigen statt bürokratischer Bevormundung und Gängelung
- Mitbestimmung der Gewerkschaften in den Betrieben
- Streikrecht der Werktätigen
- Einstellung der Tätigkeit nichtgewerkschaftlicher Organisationen und Parteien in den Betrieben
- Abschaffung der Privilegien einzelner Personen und ganzer gesellschaftlicher Gruppen
- Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern
- Überwindung von Mangelwirtschaft, Schlangestehen und Schwarzhandel
- Aufhebung jeglicher Reiseeinschränkungen für alle Bürger

Organisieren wir uns in unseren Gewerkschaften!
Unabhängige Betriebsgewerkschaft „Reform" – VEB GRW Teltow –

Zur Diskussion schlagen wir folgende programmatische Schwerpunkte vor:

1. Die Bevormundung und Gängelung der Betriebe durch staatliche Organe, deren unmittelbare Einmischung in betriebliche Angelegenheiten und die Verlagerung ökonomischer Entscheidungen des Betriebes auf übergeordnete Planungs- und Leistungsebenen einerseits und die Allmacht und Allgegenwärtigkeit der SED mit ihrem Wahrheitsmonopol andererseits halten wir für eine der Hauptursachen der sinkenden Effektivität unserer Betriebe und katastrophalen Wirtschafts- und Versorgungslage in der DDR. Die zentral geleitete Planwirtschaft und der durch sie geplante Mangel lassen keinen kontinuierlichen Reproduktionsprozeß zu, führen zu Desorganisation und Bürokratisierung, Stagnation und ökonomischer Orientierungslosigkeit der Betriebe auf dem Markt, schließlich zu Interessenlosigkeit und Gleichgültigkeit der Werktätigen. Statt die Initiative der Werktätigen, ihren Fleiß und ihr Arbeitsvermögen – die einzige Quelle unseres materiellen Wohlstandes zu fördern, werden sie nun bereits 40 Jahre lang Schritt für Schritt den angeblich höheren Werten eines fiktiven Sozialismus geopfert.

Die unabhängigen „Reform"-Gewerkschaften treten für eine umfassende Eigenständigkeit mit dem Recht der Betriebe ein,
- die Preise ihrer Erzeugnisse,
- die Löhne und Gehälter ihrer Beschäftigten,
- ihre Handels- und Kooperationsbeziehungen

eigenverantwortlich zu bestimmen. In ihrem wirtschaftlichen Handeln orientieren sich die Betriebe an der Erwirtschaftung eines maximalen Gewinns.

2. Die Gewerkschaften vertreten die Werktätigen in den Betrieben und Einrichtungen bei der Durchsetzung ihrer Forderungen in bezug auf
- Löhne und Gehälter,
- Arbeitszeit,
- Arbeitsbedingungen,
- Entscheidungen der Betriebsleitung mit wesentlichen Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Betriebsbelegschaft.

3. Um die Interessen der Werktätigen hinreichend vertreten und durchsetzen zu können, werden die unabhängigen Gewerkschaften ihr Recht auf Mitbestimmung in den Betrieben und Einrichtungen durchsetzen und in Anspruch nehmen, sowie in schwerwiegenden Fällen zum Mittel des Streiks in seinen vielfältigen Formen greifen.

4. Indem wir davon ausgehen, daß allein Gewerkschaftsorganisationen die Werktätigen in den Betrieben und Einrichtungen vertreten können, alle anderen politischen und gesellschaftlichen Organisationen dagegen eine Belastung für die Erfüllung der Arbeitsaufgaben und die Wettbewerbsfähigkeit darstellen, setzen wir uns dafür ein, daß die SED, die Kampfgruppen, die FDJ und die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) ihre Tätigkeit in den Betrieben einstellen.

5. Die sich ständig verschlechternde Versorgungslage und der zunehmende Mangel an Konsumgütern sind verbunden mit einer Störung der Ware-Geld-Beziehungen, die sich in Schlangestehen, in langen Bestellfristen, ja Erscheinungen von Korruption, in der Herausbildung eines Schwarzhandels äußert, die Lebensbedingungen der Werktätigen in unerträglichem Maße beeinträchtigt und sich schließlich negativ auf die Arbeitsmoral der Werktätigen auswirkt. Gleichzeitig werden einzelne Personen und ganzen gesellschaftlichen Gruppen Privilegien bei der Versorgung mit wichtigen Konsumgütern eingeräumt.

Die „Reform"-Gewerkschaften werden sich für die Aufhebung jeglicher Privilegien und Verbesserung der Versorgung einsetzen.

6. Für die Wirtschaft der DDR sind der Export und Import von Waren sowie die internationale Zusammenarbeit und Kooperation von ausschlaggebender Bedeutung. Die privaten und dienstlichen Reisebeschränkungen in die sozialistischen und nicht-sozialistischen Länder führen zu einer Isolierung unserer Betriebe und der gesamten Gesellschaft sowie zur Scheuklappenmentalität, sie säen Mißtrauen gegenüber dem Staat.

Wir können nicht einsehen, weshalb den Bürgern unserer Republik, die sich unter Verletzung der Gesetze der DDR in bundesdeutsche Botschaften begeben, großzügig Ausreisepapiere ausgehändigt und Transportmittel der Deutschen Reichsbahn zur Verfügung gestellt werden, währenddessen andere wegen sogenannter Republikflucht im Namen des Volkes zu Haftstrafen verurteilt werden und wieder anderen nun auch Reisen in sozialistische Länder verweigert werden. Wir wollen und können uns nicht damit abfinden, daß staatliche Organe darüber befinden, wer zu wem und aus welchem Anlaß ins Ausland reisen darf. Es ist demütigend für unsere Bürger, mit 15 DM in die BRD zu fahren und auf die Almosen bundesdeutscher Ämter und Unterstützung von Verwandten und Bekannten angewiesen zu sein.

Die „Reform"-Gewerkschaften fordern deshalb die Aufhebung jeglicher Reisebeschränkungen, eine ausreichende Ausstattung der Reisenden mit Valutamitteln, die Abschaffung des Straftatbestands der Republikflucht und die Freilassung der wegen Republikflucht Inhaftierten.

Quelle: taz, 24. 10. 1989

Was wir wollen und brauchen: Reformen und Erneuerung

Positionspapier der CDU zur Diskussion (Auszug)

Was wir wollen und brauchen – das ist vor allem

– ein grundlegend verändertes öffentliches Leben, in dem moralisch-ethische Werte obenan stehen, das sich durch lebendige Demokratie, strikte Rechtsstaatlichkeit und realistische Medien politisch auszeichnet,

– die unbedingte Gleichberechtigung aller Bürger, ungeachtet ihrer Weltanschauung oder Religion, ihrer sozialen Herkunft und Parteizugehörigkeit, ein neues konstruktives Verhältnis zwischen Staat und Kirchen,

– eine Volkswirtschaft mit hoher Effektivität, die sich an den Bedürfnissen der Kunden orientiert, Ökonomie und Ökologie als Einheit versteht und ehrliche Arbeit leistungsgerecht bewertet,

– die Hochschätzung und Förderung eigenverantwortlicher Initiative und persönlichen Einsatzes im Dienst am Mitbürger, insbesondere auch in Handwerk, Handel und Gewerbe,

– ein vorbildliches Gesundheitswesen und hohe soziale Sicherheit für alle Bürger,

– ein Bildungswesen, das in Zielen und Methoden christliche Auffassungen respektiert,

– eine geistig freie und weite Kultur und Kunst, in der alle humanistischen Positionen Platz haben,

– eine neue Qualität innerparteilicher Demokratie.

Quelle: „Neue Zeit", 28. 10. 1989

Ein radikaler Umbruch in Richtung Sozialismus

Mitteilung der Koordinierungsgruppe der „Initiative für eine Vereinigte Linke" vom 5. November 1989 (Auszug)

Anfang September hatten sich Vertreter verschiedener sozialistischer Tendenzen in der DDR in einem Aufruf „Für eine vereinigte Linke" zu Wort gemeldet (sog. Böhlener Aufruf, dok. in: taz, 19. September 1989). Am 5. Oktober ist die Koordinierungsgruppe dieser Initiative mit dem Aufruf zu einer 1. Arbeitstagung am 25./26. November („Wir müssen unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen!") an die Öffentlichkeit getreten. Inzwischen liegt eine Mitteilung Nummer 2 zum „Stand der Selbstverständigung und der Vorbereitung des Arbeitstreffens" vor, aus dem wir jene Passagen wiedergeben, die die Diskussionsgrundlagen des Arbeitstreffens zusammenfassen. D. Red.

A. Die seit langer Zeit sich entwickelnde und jetzt offen zum Ausbruch gekommene tiefe gesellschaftliche Krise hat eine ökonomische Grundursache. Diese besteht darin, daß die Abschaffung kapitalistischer Produktionsverhältnisse nicht genutzt wurde, um in den Betrieben der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft eine tatsächliche Vergesellschaftung in Angriff zu nehmen. Statt dessen entstand eine bürokratisch gesteuerte Kommandowirtschaft, die den Entfremdungsprozeß des Arbeiters von den Produktionsmitteln nicht aufhob sondern eher verstärkte. Dies ist der Hauptgrund

– für die beispiellose Demotivierung der Masse der Werktätigen in diesem Lande,

– für die daraus erwachsene Unfähigkeit der führenden politischen und ökonomischen Kräfte, das Prinzip der Verteilung nach der Leistung wirkungsvoll durchzusetzen,

– für das in Lehrbüchern behauptete aber in der Praxis fast durchgängig nicht vorhandene Eigentümerbewußtsein der Werktätigen,

– für die Ausrichtung der ökonomischen Entwicklung auf ein unsoziales und ökologiefeindliches Wohlstandsdenken,

– für das Fehlen jeder demokratischen Auseinandersetzung über die Entwicklung eines antikapitalistischen, also sozialistischen Wertesystems.

B. Es hat den Anschein, daß der jetzt parteioffiziell verkündete „Wandlungsprozeß" nicht der Behebung dieser ökonomischen Grundursache dienen soll. Vielmehr gibt es deutliche Anzeichen dafür, daß das einsetzende Krisenmanagement durch die verstärkte Einführung (und z. T. Wiederentdeckung) marktwirtschaftlicher Elemente zu beleben, ohne grundlegende Veränderungen in den Produktionsverhältnissen anzustreben. Erste Erklärungen über die Aufgaben des Ministerrats und Sofortmaßnahmen zur Behebung von Versorgungsmängeln lassen derartige „Lösungswege" deutlich erkennen. Es zeichnet sich ab, daß die Regierung bereit ist, zur Befriedung innenpolitischen Unwillens mit wirtschaftlichen Risiken die desolate Situation der DDR-Wirtschaft noch stärker zu belasten. Solche „Lösungswege" sind nur geeignet, bürokratisch-autoritäte Leistungsstrukturen zu modifizieren. Darüber hinaus sind sie geeignet, die Entwicklung von Tendenzen eines Übergangs zu einer sogenannten „sozialen Marktwirtschaft" zu bestärken.

C. Als einziger Ausweg zu tiefgreifenden und auf sozialistische Entwicklung zielende ökonomische Wandlungen erscheint uns das Entstehen von Formen und Methoden betrieblicher und überbetrieblicher Selbstverwaltung. Ihr Wirksamwerden im Sinne sozialistischer Entwicklung setzt allerdings voraus, daß die Ziele und Inhalte der Produktion in demokratischer Diskussion neu bestimmt werden. Wesenszüge dieser Art sind unter Ziff. 4 genannt.

Bei der Suche nach Wegen zur Selbstverwaltung sollten auch die jetzt anlaufenden Maßnahmen des „Krisenmanagements" daraufhin untersucht werden, inwieweit sie für die Entwicklung von Elementen betrieblicher Selbstverwaltung genutzt werden können. Hierzu gehört vor allem der Übergang zum Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel, der genutzt werden sollte, um den Arbeitskollektiven höhere Verantwortung zu übertragen.

D. Sozialistische Inhalte können nach unserer Auffassung Formen der Selbstbestimmung nur dann erlangen, wenn es gelingt, die so zu erzielende höhere Effektivität zu nutzen:

– zu Gunsten der Humanisierung der Arbeitsbedingungen;

– zu Gunsten der Entwicklung von Produktionsverfahren und Erzeugnisstrukturen, die die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Umwelt (vor allem Luft, Wasser, Boden) wieder herstellen;

– zu Gunsten der Bewahrung bewährter Errungenschaften sozialer Gerechtigkeit, bei gleichzeitiger Überwindung erheblicher Defizite und Deformationen auf diesem Gebiet;

– zu Gunsten des Herausbildens eines mehrheitsfähigen Konsenses zur Überwindung einseitiger Konsumideologie zu Gunsten der Favorisierung persönlichkeitsentwickelnder Lebensinhalte

– zu Gunsten der Entwicklung sozialistischer Alternativen gegenüber den herrschenden Weltwirtschaftsstrukturen und als Beitrag zur Solidarität mit den ausgeplünderten Völkern dieser Welt.

Wir sind uns bewußt, daß gerade zu diesen Fragen kein umfassendes Konzept zu erwarten ist. Trotzdem sollten sie Gegenstand der Arbeit aller Gruppen sein. Bei diesen Fragestellungen zeigt sich im übrigen auch die enge Verknüpfung dieser Problematik mit den Aufgaben, die von den Arbeitsgruppen der Themengruppe „Demokratie und Selbstverwaltung des Volkes" zu bearbeiten sind. Nötig scheint uns aber, eben gerade, um den Begriff „Sozialismus" zu rehabilitieren, daß sich alle Gruppen des Arbeitstreffens diesem Anliegen widmen sollten.

E. Wir streben an, daß sich die Arbeit in allen Gruppen des Themenbereichs „Grundzüge der Gestaltung sozialistischer Wirtschaftsbeziehungen" in zwei Arbeitsschritten vollzieht:

– Selbstverwaltung contra Krisenmanagement: Elemente eines antibürokratischen Sofortprogramms

– Selbstverwaltungsstrategie und Sozialismusentwicklung: Wege zur Aneignung des Staatseigentums durch das Volk. (. . .)

Geht die Erneuerung an uns Frauen vorbei?

Offener Brief von Frauenforscherinnen vom 6. November 1989 an das ZK der SED (aus „Für Dich", Heft 46/1989)

In dem jetzt in Gang gekommenen Dialog spielen die Interessen von Frauen bislang keine Rolle. In unserer Gesellschaft existiert kein öffentliches Bewußtsein über die reale Lage der Frauen und ihres weitgehenden Ausschlusses aus den wichtigsten Entscheidungsbereichen der staatlichen und politischen Macht. Reformen werden nur dann Erfolg haben, wenn die Interessen der weiblichen Hälfte unserer Gesellschaft wahrgenommen und berücksichtigt werden. Das müssen in erster Linie Frauen selbst in Gang bringen und mit allen gemeinsam durchsetzen. Dazu bedarf es konkreter Interessenvertretungen, demokratischer Organisationsformen und -strukturen, die den Frauen Macht- und Entscheidungsbefugnisse geben.

Wir fordern, daß auf dem anstehenden Plenum des ZK der SED diese Fragen auf die Tagesordnung kommen und bei der konzeptionellen Vorbereitung des XII. Parteitages der SED wie auch bei der Veränderung politischer und staatlicher Strukturen grundsätzlich mitgedacht werden.

Auf der Grundlage der bereits geschaffenen Bedingungen für Frauen stehen unseres Erachtens kurzfristig folgende Aufgaben zur Entscheidung an:

– Quotierung, das heißt gleiche Anteile von Frau und Mann an Funktionen und Ämtern in Staat, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und Schaffung entsprechender Arbeits- und Lebensbedingungen;

Umgestaltung im Staatsapparat, in Parteien, in der Gewerkschaft und den gesellschaftlichen Organisationen in der Weise, daß spezielle Bedingungen, Bedürfnisse und Interessen von Frauen artikuliert und durchgesetzt werden können, zum Beispiel durch Frauenabteilungen und -kommissionen mit entsprechenden Macht- und Entscheidungsbefugnissen;

– Neuprofilierung des DFD und/oder Zulassung einer selbständigen Frauenbewegung, die die Interessen der Frauen in allen Bereichen ihres Lebens erfaßt.

– Bildung eines Ausschusses für Frauenfragen in der Volkskammer und eines Gremiums auf höchster Regierungsebene;

– Förderung der Aktivitäten von Frauen, sich eigene Lebensräume zu schaffen (Medien, Klubs u.ä.);

– Der vorrangigen Zuschreibung der Familienaufgaben an Frauen ist durch Orientierung auf Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Elternschaft und Änderung der entsprechenden sozialpolitischen Maßnahmen, die Väter bisher nur bedingt daran beteiligten, entgegenzuwirken;

– Das System der Dienstleistungen und Versorgung, der Kinderbetreuung und des öffentlichen Nahverkehrs ist qualitativ zu verbessern, und territoriale Unterschiede sind abzubauen.

Wir sind bereit, unsere Vorstellungen, die Ergebnisse unserer wissenschaftlichen Arbeiten und unsere Vorschläge öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Prof. Dr. sc. Irene Dölling, Humboldt-Universität, Sektion Kulturwissenschaft/Ästhetik; Prof. Dr. sc. Gisela Ehrhardt, Akademie der Wissenschaften, Institut für Soziologie und Sozialpolitik; Dr. Jutta Gysi, Akademie der Wissenschaften, Institut für Soziologie und Sozialpolitik; Dr. sc. Ute Kretzschmar, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Imperialismusforschung; Dr. sc. Hildegard Maria Nickel, Humboldt-Universität, Institut für Soziologie; Dr. Ute Röth, Akademie der Wissenschaften, Institut für Soziologie und Sozialpolitik; Dr. Eva Schäfer, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Imperialismusforschung; Das Kollektiv der „Für Dich".

Frauen in die Offensive!

Flugblatt einer Berliner Frauengruppe (zweite Novemberwoche)

Frauen, wißt ihr, warum wir heute
hier zusammengekommen sind?
Es geht um den Umbruch der
gesamten Gesellschaft!

Wir Frauen der „Initiativgruppe-Berlin" wollen uns in den Prozeß der sozialistischen Erneuerung einmischen . . . mitmischen . . . ummischen . . .

Wir wollen dies bewußt aus der Perspektive von Frauen tun. Denn: Frauen und Männer erleben ihre Umwelt unterschiedlich. Konkret heißt das: Frauen stehen immer noch in der zweiten Reihe, in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft, z.B.:

- 75% aller berufstätigen Frauen arbeiten in typischen Frauenberufen
- in Leitungsfunktionen der Wirtschaft sind nur 20% Frauen tätig

Die Frau gehört ins Haus – ins Rathaus!

Diese und andere Probleme müssen öffentlich gemacht werden!

Wir fordern u.a.:

- Höherbewertung frauentypischer Berufe
- Förderung von Frauen in Wissenschaft und Technik
- Quotenregelung für alle Ebenen von Politik und Wirtschaft
- Abbau rollenspezifischer Erziehung
- Frauenzeitungen, Frauenverlage, Frauenzentren, Frauencafes, Frauenbibliothek, eine neue Frauenorganisation, Frauenmuseum, Frauenarchiv, Frauenforschungsinstitut und ein *Frauenministerium*
- gleichberechtigte Anerkennung nichtehelicher Lebensformen

Wir kämpfen für eine neue sozialistische Gesellschaft ohne patriarchalische Maßstäbe! – Gemeinsam mit Männern! Die Frauenfrage ist kein Randproblem!

Solange Frauen noch um die Männer rivalisieren und nicht genügend Solidarität untereinander haben, werden sie sich den Männern anpassen und die bisherige Politik der Männer unterstützen.

Es gibt nur zwei Wahrheiten auf der Welt:
1. Männer sind klüger als Frauen.
2. Die Erde ist eine Scheibe.

Für eine grüne Wende!

Gründungsinitiative für eine grüne Partei in der DDR

Für eine Erneuerung unserer Gesellschaft hat die Umgestaltung unserer zerstörten Umwelt entscheidende Bedeutung. Aber nicht nur unsere Umwelt ist bereits verseucht, sondern in noch viel größerem Maße unser Bewußtsein, nämlich durch die Utopie, daß ständig wachsender Wohlstand und – als seine Bedingung – permanentes wirtschaftliches Wachstum zum Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung gemacht werden kann. Diese Art von Utopie suggeriert uns, der Mensch könne sich willkürlich im Lebenssystem Erde bewegen. Sie versteigt sich sogar zu der militanten Behauptung, er könne sich die Erde unterwerfen.

Damit verbunden ist die Vorstellung, daß Leistung und ihre Belohnung zentraler Maßstab der Bewertung menschlichen Seins wären. Diese Annahme, in ihrer Arroganz, verdrängt die Schwachen an den Rand ihrer möglichen Existenz. Ja, sie kippt sie zunehmend über diesen Rand ab.

Dabei ist es gleichgültig, ob sie auf der Pflegestation einsam und würdelos abtreten, ob sie in die Massengräber der Dritten Welt geschaufelt oder im Museum der ausgestorbenen Pflanzen- und Tierarten auch noch zur Schau gestellt werden.

Unser dergestalt verseuchtes Bewußtsein hat folgerichtig die zum ersten Mal in der Geschichte der Erde mögliche Vernichtung allen Lebens bereits eingeleitet.

Wir handeln also nur aus Selbsterhaltungstrieb, wenn wir als Mitverantwortliche diesem Prozeß und Bewußtsein Einhalt gebieten. Daher werden wir mit der Grünen Partei unserer ökologischen Weltsicht in der Gesellschaft der DDR politische Kraft verleihen, in dem wir sie kompromißlos zum Ausgangspunkt aller unserer Bestrebungen machen.

Wir, als Initiativgruppe, haben folgenden Gründungsaufruf zur Grünen Partei in der DDR beschlossen: Die Grüne Partei in der DDR stellt sich auf die Seite aller Kräfte, die sich für Demokratie und Freiheit durch tiefgreifende Reformen in unserem Land einsetzen.

Sie ist ökologisch, feministisch und gewaltfrei.

Die besonderen Ziele der Grünen Partei sind:

Der konsequente ökologische Umbau unseres Landes in radikaler Absage an umweltzerstörendes, rohstoffvergeudendes Wachstum und dem stalinistisch-geprägten Umgang mit Menschen. Wirtschaft und Umwelt. Sofortiger Handlungsbedarf besteht für die ökologischen Katastrophengebiete Leipzig, Bitterfeld, Halle, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Cottbus und zur Rettung vieler historischer Altstädte, Kulturlandschaften und Schlösser, zum Beispiel in Mecklenburg.

Die endgültige Sicherung des Friedens durch allgemeine und vollständige Abrüstung. Der Abbau der Militärbündnisse, die Reduzierung der NVA auf das geringste notwendige defensive Niveau und die Aufhebung der militärischen Sperrgebiete ist eine zwingende Notwendigkeit zur Erhaltung von Frieden und Umwelt.

Wir lehnen Gewalt, nationalen Chauvinismus und Rassismus ab und bekennen uns zum konsequenten Antifaschismus.

Die uneingeschränkte Gleichberechtigung aller Frauen und Männer auf allen wirtschaftlichen und politischen Ebenen, von den örtlichen Volksvertretungen bis zur Zusammensetzung des Staatsrates, die immer noch den Charakter überwiegend patriarchalischer Institutionen haben. Der Frau als Mutter steht in dieser Beziehung eine bevorzugte Stellung zu.

Die Natur ist um ihrer selbst willen vor der ungehemmten Entfaltung des Menschen zu schützen. Nur so kann sie Grundlage menschlicher Gemeinschaft und Kultur sein. Bei jeder wirtschaftlichen Aktivität ist daher zu fragen: wohin, für wen, weswegen?

Die Grüne Partei setzt sich prinzipiell für eine dauerhafte Entwicklung ein.

Wir wollen vor allem verhindern, daß die gegenwärtige Erneuerungsbewegung in unserem Land unter dem Druck unvernünftigen, kurzsichtigen, materiellen Nachholbedarfs eine Gesellschaft der Ellbogenfreiheit, der Verschwendung und Wegwerfmentalität entstehen läßt.

Wir halten die ökologische Orientierung aller Bildungsebenen für dringend geboten, u.a. die Einführung von Umwelt- und Friedenskunde.

Auf der Grundlage der Verfassung der DDR handelnd, setzen wir uns für eine Verfassungsreform ein.

Wir setzen voraus, daß die Tätigkeit der Grünen Partei in der DDR keiner staatlichen Behinderung unterliegen wird.

Wir werden projektgebunden – sowohl national wie auch international – mit allen Bürgern, Organisationen und Gruppierungen zusammenarbeiten, die unsere Vorstellungen, auch in Teilbereichen, unterstützen.

Als Teil der Bewegung der europäischen Grünen setzen wir uns für gerechte Verteilungsstrukturen ein, die auch den Völkern der Dritten Welt eine dauerhafte Entwicklung garantieren und den Zusammenbruch des globalen Ökosystems verhindern helfen.

Wir fördern grenzübergreifende Partnerschaften zum gemeinsamen ökologischen Umbau von Umweltkrisengebieten.

Im Vertrauen auf die grundsätzliche Wende unseres Landes rufen wir alle interessierten Bewohnerinnen und Bewohner – gleich welcher Anschauung, Religion und Nationalität – auf:

Aus Sorge um die katastrophale Entwicklung unserer Umwelt, aus Verantwortung für unsere Kinder und die noch ungeborenen Generationen – schließt euch im örtlichen und regionalen Bereich zu Basisgruppen der Grünen Partei der DDR zusammen.

Wählt Sprecherinnen und Sprecher, erarbeitet Vorschläge für das Programm und die basisdemokratische Organisationsstruktur. Erarbeitet auf der Grundlage von Problem- und Forderungskatalogen für eure Gemeinden, Städte, Regionen und die gesamte DDR alternative Konzepte, macht kreative und praktikable Vorschläge zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft.

Beginnt mit Aktionen!

Die erste Delegiertenvollversammlung, die u.a. Programm, Struktur und Personalfragen der Grünen Partei in der DDR beschließt, wird Anfang 1990 in einem der von der Umweltzerstörung am schwersten betroffenen Orte der DDR stattfinden.

Für eine grüne Wende!

Quelle: taz, 7. 11. 1989

Bestätigung einer Anmeldung

Erklärung des Neuen Forum vom 8. November 1989

Wir haben vom Innenministerium die Bestätigung der Anmeldung des NEUEN FORUM als Vereinigung erhalten.

Damit korrigiert das Ministerium seine Einschätzung, für das NEUE FORUM bestünde keine gesellschaftliche Notwendigkeit.

Vielmehr wird die Meinung von Zehntausenden DDR-Bürgern respektiert, die durch Unterschrift ihre Mitarbeit im NEUEN FORUM angeboten haben. Danach bieten die bestehenden Parteien, Massenorganisationen und die Nationale Front keine glaubwürdige Plattform für den Dialog.

Mit der Bestätigung der Anmeldung beginnen wir unsere Gründungshandlungen. Wir werden ein Statut erarbeiten, das das NEUE FORUM als Bewegung charakterisiert, die die Erkenntnisse aus dem ehrlichen Dialog als programmatische Forderung, Vorschlag oder Konzept in politisches Handeln umsetzt. In diese Gründungshandlungen sind alle Gruppierungen, die in der DDR unter dem Namen NEUES FORUM arbeiten, einbezogen.

Mit der jetzt erfolgten Bestätigung der Anmeldung des NEUEN FORUM verbindet sich zwingend die Forderung, andere oppositionelle Gruppierungen und Parteien zu legalisieren. Nur eine pluralistische Gesellschaft eröffnet die Möglichkeit einer tiefgreifenden und dauerhaften Umgestaltung in der DDR. Das Gegenteil einer solchen Vielfalt wäre nicht Einheit, sondern Einfalt.

Das NEUE FORUM strebt die Zusammenarbeit mit allen oppositionellen Parteien und Gruppierungen an, die glaubwürdig für demokratische Grundrechte in unserem Land eintreten.

Eine wichtige Form dieser Zusammenarbeit sind Wahlbündnisse. Wir meinen, daß nur durch freie Wahlen, die die Möglichkeit der Auswahl zwischen unterschiedlichsten Programmen und Personen bieten, eine wahre Volksvertretung auf allen Ebenen entstehen kann. Der Anspruch auf das Wahrheits-, Macht- und Führungsmonopol durch nur eine politische Kraft hat sich als schädlich erwiesen.

Ein wichtiges Arbeitsmittel des NEUEN FORUM ist eine eigene unabhängige und überregionale Zeitung. Dadurch werden wir in die Lage versetzt, Ergebnisse des Dialogs öffentlich zu machen, programmatische Forderungen DDR-weit zu publizieren, Macht zu kontrollieren und uns selbst durch Hinweise und Kriterien zu korrigieren. Die Beantragung einer entsprechenden Lizenz ist ein wichtiger Teil unserer Gründungshandlungen.

Zum Abschluß dieser Gründungshandlungen wird eine Landes(delegierten-)versammlung durch Bestätigung des Statuts, Formulierung der nächsten Aufgaben und Wahl der Sprecher das NEUE FORUM als starke, unabhängige politische Kraft in der DDR etablieren.

Für die Initiativgruppe NEUES FORUM: Bärbel Bohley, Sebastian Pflugbeil, Eberhard Seidel.

Quelle: „Der Morgen", 9. 11. 1989.

Was erwarten wir von der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED?

Positionspapier von SED-Funktionären und Wissenschaftlern (aus: Berliner Zeitung, 9. 11. 1989)

(. . .)

Wir erwarten von den Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees,

erste Schritte einzuleiten, um eine grundsätzlich neue und höhere Entwicklungsstufe des Sozialismus auf deutschem Boden zu erreichen. Dies verlangt den Übergang von den zentralistisch-administrativen Grundstrukturen, der Realisierung sozialistischen Eigentums und sozialistischer Macht, zu demokratischen Formen der Verwirklichung der Macht der Werktätigen auf allen Gebieten. Wir streben die freie Entwicklung eines jeden als der grundlegenden Bedingung der solidarischen Entwicklung aller an.

Wir erwarten von den Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomittes,

daß sie eine radikale demokratische Erneuerung unserer Partei, als wichtigen Teil unseres sozialistischen Umgestaltungsprozesses der DDR, einleiten. Die Wende kann nur unumkehrbar gemacht werden, wenn alle Mitglieder unter erneuerter Führung unserer Partei ihre politische Erfahrung, ihr demokratisches Potential und ihre sozialistischen Ideale in diesen Prozeß einbringen. (. . .)

Der führende Einfluß der Politik der Partei wird von uns selbst als erforderlich für den Sozialismus in der DDR angesehen, er kann aber nicht aus festgeschriebenen Formeln abgeleitet werden. Er ist ein Anspruch an die Partei, der politisch immer wieder neu bestätigt werden muß – durch unsere Fähigkeit, tragfähige Konzepte zur Lösung der brennenden gesellschaftlichen Probleme vorzuschlagen, durch ihre Arbeit, das kluge und moralisch integere Handeln der Mitglieder der SED. Wir müssen uns künftig im Wettstreit mit anderen politischen Kräften der Gesellschaft demokratischen Wahlen stellen. Mitgliedschaft in der Partei darf keine Vorbedingung für die Ausübung beruflicher Tätigkeit sein. Der Volkskammer sollte vorgeschlagen werden, entsprechende Gesetzesgrundlagen für die Korrektur der staatlichen Kaderpolitik zur Diskussion zu stellen und zu beschließen.

Das Zentralkomitee sollte beschließen, alle Sonderregelungen und Vergünstigungen, die nicht durch Leistungen gerechtfertigt werden, sofort außer Kraft zu setzen. Es sollte der Regierung vorschlagen, in gleicher Weise zu verfahren. (. . .)

Die Wege und Mittel einer Erweiterung der innerparteilichen Demokratie müssen durch die gesamte Partei, alle ihre Mitglieder erarbeitet werden. Auch die Meinung anderer politischer Kräfte ist gefragt. Schon jetzt sind Garantien für die Verwirklichung der Rechte der Mitglieder und aller Grundorganisationen im Verhältnis zu den gewählten Leitungen zu schaffen. Das Zentralkomitee sollte auf folgende Veränderungen in der Praxis der Parteiarbeit orientieren, die dann auf einem außerordentlichen Parteitag bzw. auf einer Parteikonferenz bestätigt, korrigiert oder erweitert werden können:

– Sicherung geheimer Wahlen, Alternativvorschläge für Funktionsbesetzungen, direkte Wahl eines Teiles der Delegierten zum Parteitag durch die Grundorganisationen.

– Begrenzung der Zeitdauer für die Ausübung von Wahlfunktionen auf zwei Perioden, Festlegung einer Altersgrenze für die Ausübung leitender Funktionen. Schaffung eines geregelten Verfahrens zur vorzeitigen Abberufung.

– Herstellung einer Öffentlichkeit, über die Tätigkeit der Partei, Offenlegung der Verwendung der Finanzen des Bestandes des Parteiapparates.

Der Marxismus, einschließlich der durch Lenin vorgenommenen Entwicklung, bleibt die Weltanschauung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die theoreitsche Grundlage ihres Handelns. Die SED sollte sich zukünftig nicht nur ihrer kommunistischen, sondern auch ihrer sozialistischen Traditionen bewußt werden. Die marxistisch-leninistische Theorie darf nicht länger der aktuellen Politik untergeordnet werden. Sie ist vor allem Handlungsorientierung und muß sich angesichts neuer Bedürfnisse der Menschen, neuer Probleme der menschlichen Zivilisation, neuer Erkenntnisse der Wissenschaften unabhängig weiter entwickeln.

Wir erwarten von den Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees,

die Wege für die Erreichung einer vollen Souveränität des Volkes und einer grundlegenden Demokratisierung zu weisen. Die SED sollte sich für eine tiefgreifende Reform des politischen Systems und des Staates einsetzen.

Wir brauchen Machtausübung durch das Volk. Der mündige Bürger, sein Anspruch auf freie Entfaltung und auf demokratische Teilnahme an allen Angelegenheiten von Gesellschaft und Staat gehören in den Mittelpunkt unserer Politik.

Die Volksvertretungen müssen von nun an ihre Funktion als souveräne Machtorgane, die dem Volk verantwortlich sind, uneingeschränkt ausüben. Niemand darf Autorität und Entscheidungsrecht der Abgeordneten einschränken.

Eine demokratische Gestaltung der Entscheidungsprozesse verlangt öffentliche Diskussion von Projekten, Einsicht in Entscheidungsunterlagen und umfassende demokratische Kontrolle.

Die SED sollte alle Bestrebungen für die Entwicklung eines Parteienpluralismus in unserem Lande unterstützen und den demokratischen Konsens anstreben. Dazu gehört auch die Zulassung neuer politischer Organisationen, die den Willen nicht kleiner Teile zur Erneuerung des Sozialismus ausdrücken.

Eine Grundlage der Erneuerung sollte ein vielfältiges System von Parteien, Organisationen und Verbänden sein. Gewerkschaft und Jugendverband sollten sich als freie und demokratische Organisationen entwickeln, die die Interessen der Werktätigen bzw. der Jugend vertreten. Wir sollten das Wirken aller Bürgerinitiativen auf dem Boden unserer Verfassung unterstützen.

Wir sollten für ein Wahlrecht eintreten, das eine wirklich freie allgemeine, demokratische und geheime Wahl gewährleistet und in jedem Stadium der Wahl die öffentliche Kontrolle garantiert.

Wir brauchen eine kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden, die sich auf kommunales Eigentum und das garantierte Verfügungsrecht über eigene Einnahmen und materielle Fonds stützt.

Unser Anliegen sollte eine reiche politische Kultur der sozialistischen Gesellschaft sein. Das heißt, wahrheitsgemäße Information, Meinungsvielfalt und Meinungsstreit, Toleranz mit Andersdenkenden und ehrliches Ringen um gemeinsame Lösungen. Entschieden sollten wir uns mit jenen auseinandersetzen, die die Beseitigung des Sozialismus anstreben.

Die SED sollte sich für die Entwicklung eines sozialistischen Rechtsstaats einsetzen, der von den Grund- und Menschenrechten ausgeht und die Gesellschaft durchgehend auf der Grundlage des Rechts organisiert. Dazu gehören ein durchschaubares Verwaltungsrecht, die strikte Wahrung der Unabhängigkeit des Richters, eine funktionierende Gesetzlichkeitsaufsicht des Staatsanwalts und eine erweiterte Vertretung der Bürger durch die Rechtsanwälte.

Wir erwarten von den Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees,

daß sie auf der Grundlage einer nüchternen, ehrlichen und offenen Analyse der ökonomischen Situation auf die Ausarbeitung einer notwendigen Wirtschaftsreform Einfluß nehmen.

Die gesellschaftlichen Ziele für die kommenden Jahre müssen den wirtschaftlichen Erfordernissen und Möglichkeiten entsprechen. Diese sind durch die derzeitigen Potenzen begrenzt und müssen durch ein tragfähiges Wirtschaftssystem erweitert werden. Dafür die Spielräume zu schaffen, muß untrennbar mi der Neugestaltung des Wirtschaftsmechanismus verbunden sein.

Es sollten hier einige Gedanken in die Diskussion eingebracht werden:

– In erster Linie sollte es um eine höhere Lebensqualität als dem eigentlichen Wachstumsziel und um den langfristigen Übergang zum intensiven Reproduktionstyp gehen.

Wir haben das Verhältnis von Leistungsprinzip und Sozialpolitik, sozialer Sicherheit und ökologischen Bedürfnissen neu zu bedenken. Unsere Partei muß ein neues Verhältnis zu den weitreichenden Aufgaben gewinnen, die auch eine reale Gleichstellung der Geschlechter ergeben.

– Für die Entwicklung der Lebensqualität der Bevölkerung in den 90er Jahren sollten die sich international langfristig vollziehenden Wandlungen der Bedürfnisstrukturen der Bevölkerung bei insgesamt wachsendem Verbrauchsniveau an Konsumgütern und Leistungen in Richtung auf die Wiederherstellung und Erhaltung der natürlichen und von Menschen gestalteten Umwelt, ein höheres Niveau der Gesunderhaltung der Menschen bis ins hohe Alter und ein kulturvolleres Arbeiten und Leben gerichtet werden.

– Für die weitere Entwicklung der Wohnkultur treten Erhaltung und Instandsetzung der vorhandenen Bausubstanz in den Vordergrund. Besondere Aufmerksamkeit sollte den Klein- und Mittel-

städten sowie dem innerstädtischen Altbau in unseren Großstädten mit ihrer beträchtlich verschlissenen Bausubstanz gewidmet werden.

– Wissenschaftlich-technischer Fortschritt muß beschleunigt und volkswirtschaftlich breitenwirksam gemacht werden. Letzten Endes können nur Produktivität, Kosten und Exporteffektivität für das Niveau wissenschaftlich-technischer Leistungen maßgebend sein. Es sollte verantwortungsbewußt und gründlich untersucht werden, auf welchen Gebieten die DDR an der Hochtechnologie-Entwicklung teilnimmt, und mi welchen spezifischen Stärken sie sich an dem internationalen arbeitsteiligen Prozeß beteiligt.

– Es ist über Strukturveränderungen in der Produktion, im Außenhandel und im gesellschaftlichen Arbeitsvermögen nachzudenken, um die materiellen Voraussetzungen für eine hohe Effektivitätsdynamik, die ständige Sicherung der volkswirtschaftlichen Proportionalität und die Befriedigung sich verändernder Bedürfnisse zu gewährleisten. Dabei ist unser Wissenschaftspotential voll zur Geltung zu bringen.

– Es sind die langfristigen Entwicklungsrichtungen zur Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung der Volkswirtschaft der DDR zu bestimmen unter Beachtung der Aufwendungen, der ökologischen Folgen der Eigenproduktion und der zu erschließenden Möglichkeiten für den rationellsten Energieeinsatz.

– Für die Eingliederung der Wirtschaft der DDR in die internationale Arbeitsteilung, insbesondere innerhalb des RGW und mit dem EG-Markt müssen die eigenen Möglichkeiten, Erfahrungen und Schwerpunkte exakt bestimmt werden.

Alles das – und viele weitere Fragen – müßten wir eine durchdachte, tragfähige Wirtschaftsstrategie unseres Landes gemeinsam mit vielen Wissenschaftlern und Praktikern ausgearbeitet und mit der Bevölkerung demokratisch diskutiert und entschieden werden. Das „Jonglieren" mit Zahlen von vier und fünf Prozent Wachstum an Nationaleinkommen ist keine Entscheidungsbasis für die wirtschaftliche Entwicklung der kommenden Jahre.

Eine kritische Analyse der Lage zeigt, daß die Funktionsfähigkeit des Systems der Leitung und Planung in der DDR durch einen zu hohen Grad der Zentralisierung von Entscheidungen durch das Vorherrschen administrativer Methoden sowie durch Bürokratie beeinträchtigt wird.

Wir werden einen völlig neuen Wirtschaftsmechanismus brauchen. Die Werktätigen müssen sich darin als politischer Souverän und als gesellschaftlicher Eigentümer mit ihren Interessen verwirklichen und erkennen.

Der springende Punkt für einen neuen Wirtschaftsmechanismus steht darin, die Vorzüge der sozialistischen Planung mit den stimulierenden Wirkungen des Marktes in Einklang zu bringen. Das erfordert eine neue Stellung der Betriebe und Kombinate im Wirtschaftssystem als sozialistische Warenproduzenten mit eigener Verantwortung auf dem Markt. Damit wird es zu einem grundlegenden Erfordernis, den Wirtschaftsmechanismus von unten nach oben, d. h. ausgehend von den Wirtschaftseinheiten und Territorien, neu zu gestalten. (. . .)

Ein Element der zu erarbeitenden Wirtschaftsreform sollte die Konzeption zur Entwicklung vielfältiger Formen des staatlichen und genossenschaftlichen sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln sein, die auf eine Stärkung der Eigentümerfunktion der Werktätigen gerichtet und mit dem Leistungsprinzip verbunden ist. Dabei sollten vor allem auch der privaten Wirtschaft wieder größere Spielräume und Entfaltungsmöglichkeiten gegeben werden.

Die Verantwortung der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte für die komplexe ökonomische und soziale Entwicklung ist in den Territorien zu erhöhen. Dabei muß sich die wirtschaftliche im Zusammenhang mit der sozialen Entwicklung der Territorien vollziehen. (. . .)

Die Regierung der DDR sollte weitreichende Möglichkeiten für die enge Zusammenarbeit, Verflechtung und langfristige Kooperation zwischen Kombinaten der DDR und Konzernen der BRD

sowie zwischen volkseigenen Betrieben und mittelständigen Betrieben untersuchen und den kompetenten Vertretern der BRD zur Verhandlung unterbreiten.

Wir erwarten von den Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees,

daß sie auf die Wechselwirkungen zwischen Außen- und Innenpolitik im Erneuerungsprozeß Einfluß nehmen. Es sind neue Anstrengungen, Überlegungen und Taten notwendig, um die Rolle der DDR als Faktor des Friedens, der Sicherheit, des internationalen Dialogs und der Zusammenarbeit in einer sich wandelnden Welt zu konsolidieren und erneut zu stärken – *mit dem Ziel, die grundlegenden* Interessen unseres Landes auch in Zukunft zu wahren und bei der Gestaltung einer friedlichen Welt aktiv mitzuwirken. (. . .)

– Politisch geht es auch um neue Formen und Inhalte systemübergreifender Zusammenarbeit und des Dialogs, einschließlich der Schaffung übergreifender politischer Strukturen. Die DDR muß uneingeschränkt für die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki nach außen und innen wirken. Im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten ist bei Realitätssinn und Vernunft auf beiden Seiten, bei wechselseitiger Respektierung von Existenzberechtigung und Souveränität, eine Entwicklung denkbar, daß noch in diesem Jahrhundert Beziehungen wie zwischen anderen deutschsprachigen Staaten in Europa hergestellt werden können.

Bei einer vernünftigen Zusammenarbeit, die auf Konsens und Stabilität gerichtet ist, werden die Menschen in beiden deutschen Staaten gewinnen. Es ist auch denkbar, daß schon in absehbarer Zeit die „Mauer“ ein Relikt der Vergangenheit ist, wenn durch geeignete Maßnahmen, mitgetragen von der Regierung der BRD und vertraglich mit ihr geregelt, eine Schädigung der Wirtschaft der DDR zum Nachteil der Bürger unseres Landes verhindert wird.

In diesem Sinne sind wir für die Überwindung der Spaltung Europas, nicht aber als Überwindung der unterschiedlichen sozialen Ordnungen. (. . .)

Heinz Albrecht, Sekretär für Wirtschaftspolitik der Bezirksleitung Berlin der SED; Prof. Dr. Dieter Klein, Humboldt-Universität; Prof. Dr. Knop, Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“; Prof. Dr. Klaus Kolloch, Humboldt-Universität; Prof. Dr. Alfred Kosing, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED; Prof. Dr. Rolf Reißig, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED; Wolfram Krause, Abteilungsleiter Bezirksleitung Berlin der SED; Prof. Dr. Max Schmidt, Institut für Internationale Politik und Wirtschaft; Prof. Dr. Klaus Steinitz, Akademie der Wissenschaften; Prof. Dr. Will, Humboldt-Universität; Prof. Dr. Gerhard Wittich, Hochschule für Ökonomie; Prof. Dr. Dieter Segert, Humboldt-Universität; Dr. Michael Brie, Humboldt-Universität; Dr. Rainer Land, Humboldt-Universität; Prof. Dr. Klaus Viertel, Akademie der Wissenschaften.

Noch eine Chance für den Sozialismus . . .

Diskussionsbeitrag von Ministerpräsident Hans Modrow auf der 10. ZK-Tagung der SED vom 8. bis 10. November 1989 (Auszüge)

Es geht in dieser Zeit um die Existenz der Partei und um die Existenz des Sozialismus in unserem Lande. Dabei sind Gefühle, die jeder von uns hat und auf die niemand verzichten kann, Eindrücke, die Wertungen und die Betrachtung der Dinge in unserem Lande und in unserer Partei natürlich in hohem Maße für jeden von uns subjektiven Momenten unterlegen. Das ist normal und darf auch nicht durch Forderungen und Ansprüche wie Schulterschluß, gemeinsame Verantwortung und ähnliches eingeschränkt werden. In einer solchen Betrachtung liegt schon die erste Beschränkung für eine wirklich gründliche Analyse der real existierende Lage. Diese ist aber die erste Voraussetzung, um auch konstruktive, reife Schritte zu einem tiefgreifenden Wandel und zu Reformen für einen erneuerten Sozialismus mit neuer Qualität zu gehen.

Die heutige Tagung des ZK steht unter einem Druck hoher Erwartungen, aber auch schon unter großem Zweifel zu ihrer Entscheidungsfähigkeit. Dabei haben wir Zweifel nach der 9. Tagung des

ZK weiter genährt, also nicht nur durch die davor liegende Fehlentwicklung, falsche Lageeinschätzung und Schönfärberei. Das eine wie das andere wiegt schwer und ist belastend. Schon der XI. Parteitag hat – besonders weil es zur Sowjetunion kein klares Verhältnis mehr gab und Lehren aus anderen Bruderländern nicht gründlich beachtet wurden – die Chance zum damals schon notwendigen Wandel vergeben. Jetzt haben wir die Wende erklärt, aber die Partei hat es bisher nicht vermocht, sich sichtbar und überzeugend an die Spitze zu stellen. Ich will nur Stichworte sagen: Der quälende Prozeß in den Gewerkschaften, der notwendige Erneuerungen schon wieder unglaubhaft gemacht hat; eine Erklärung des Kollegiums des Ministeriums für Volksbildung, die nur als erneute Bremse zu verstehen war. Die Erklärungen der Bündnispartner in diesen Tagen verdienen in diesem Zusammenhang Achtung. Sie zeigten, so selbstkritisch müssen wir schon sein, daß jene, die in unserer Führung noch bis in die jüngste Zeit erklärten, wir müssen uns jetzt Zeit nehmen, man dürfe nicht drängeln, die Lage müsse man richtig erkennen, die Lage nicht erkannten und von Zeit träumten, die uns in Wirklichkeit nicht gegeben war. (. . .)

Abwarten und Zaudern beschleunigten den Vertrauensverlust

Die Arbeiterklasse ist und bleibt die führende Kraft in unserer Gesellschaft und sie kann ihre Interessen nur mit einer marxistisch-leninistischen Partei ihrer Klasse verwirklichen.

Seit Wochen haben wir in Dresden den offenen Dialog aufgenommen und grenzen uns dabei von niemandem ab. Dabei haben wir die Bitternis erlebt, mit der breite Massen leben. Und ich habe dabei manche Bitternis für unsere Partei heruntergeschluckt. Und an manches gedacht, was ich selbst in der Partei in letzter Zeit erleben mußte. (. . .)

Abgeordneter muß wirklicher Vertreter des Volkes sein

Auf der Straße werden Forderungen zu freien Wahlen und für einen Volksentscheid zur Verfassung erhoben. Wir müssen uns diesen Fragen stellen, wie auch den Fragen zur Identität der Bürger der DDR, die unser Gegner mit Verweis auf die anhaltende Ausreisewelle aufwirft.

Das und noch mehr ist seit der 9. Tagung des ZK geschehen. Es hat den erst gewählten Generalsekretär der Partei nicht gerade unterstützt.

Was wir brauchen, ist eine Volkskammer, die mit und durch ihre Arbeit Zeugnis dafür gibt, daß sozialistische Demokratie bei uns möglich und gestaltbar ist.

Um die jetzt überall geforderte Rechtsstaatlichkeit in unserem Lande durchzusetzen, müssen wir rasch eine intakte, kompetente höchste Volksvertretung schaffen, die wir gegenwärtig nicht haben. Dazu gehört, daß der Abgeordnete als Vertreter des Volkes wirklich tätig sein kann und nicht nur zur Abstimmung in die Kammer eingeladen wird. Geschieht hier in allernächster Zeit, in den nächsten Tagen nichts Bedeutsames, geht der Vertrauensverlust weiter. (. . .)

Die Wende ist von der Straße ausgegangen, und wir dürfen das Leninsche Prinzip nicht vergessen, daß eine Partei, die ihre Fehler nicht erkennt und anerkennt, die Kraft zur Führung verliert.

Wenn unser Nachdenken wieder erst den Druck der Straße braucht, unser Mut nicht aus uns selbst wächst und unser Platz nicht mitten im Dialog des Volkes ist, dann haben wir weder die Kraft, noch das Recht, noch das Vertrauen, um zukünftig die Zustimmung der Partei und der Menschen zu gewinnen. (. . .)

Regierung braucht neue Strukturen

Das ZK hat den, wenn auch späten, Rücktritt unserer Regierung zustimmend zur Kenntnis genommen. Noch auf der Tagung des ZK müssen wir uns im Prinzip darüber verständigen. Und das ist das, was ich hier ausdrücken will: Diese Regierung braucht nicht nur neue Gesichter, sondern vor allem eine neue Qualität und eine neue arbeitsfähige Struktur.

An Stelle des zahlenmäßig großen Ministerrates mit seiner Vielzahl von stellvertreten den Vorsitzenden und Ministern vieler Teilbereiche, insbesondere der Wirtschaft, muß eine wirkliche Regierung – vielleicht nennen wir sie später sogar einmal der großen Koalition – treten. (. . .)

Seit fast 20 Jahren hat die Volkskammerfraktion der Partei keine Arbeit geleistet, und Sprechen in der Volkskammer haben wir kaum gelernt. Hier müssen wir uns unverzüglich auf neue Anforderungen einstellen. Wir werden bald Parlamentsdebatten zu führen haben, wie sie die SED in ihrer ganzen Geschichte noch nicht zu führen hatte. Sie werden mitentscheidend für die Führungsrolle ein; denn die Partei muß mit ihrer politischen Aktivität auf die Volksvertretungen wirken und kann sich nicht mehr auf die staatliche Exekutive richten. Bisher übliche direkte Zugriffe auf den Staatsapparat sind zu beseitigen. Dieser ganze Prozeß muß und wird sich in größter Öffentlichkeit vollziehen. Er wird verbunden sein mit der veränderten Rolle der Medien, mit Offenheit und wahrheitsgemäßer Information zu allen wichtigen Fragen gesellschaftlicher Entwicklung einschließlich unterschiedlicher Meinungen und Varianten der Ausgestaltung des Sozialismus. (. . .)

Wesen der sozialen Politik neu bestimmen

Das ZK muß zur Einschätzung der realen Lage einen exakten Einblick in den Stand der Staatsfinanzen haben.

Für die weitere Ausarbeitung der Wirtschaftsreform brauchen wir vor allem eine Gesellschaftswissenschaft, die für diese Reform als ständig stattfindenden Prozeß tatsächlich wissenschaftliche Fundamente setzt und nicht nur, wie bisher verbreitet, im nachhinein Politik erklärt, interpretiert und richtig spricht.

Ich sehe vor allem drei Grundrichtungen, denen die Wirtschaftsreform gerecht werden sollte:

1. Sie muß in aller Konsequenz sichern, daß die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen, der Wirtschaftseinheiten und natürlich auch der Gesellschaft und nicht irgendwelche Kennziffern der Ausgangspunkt jeglicher Wirtschaftstätigkeit werden. So selbstverständlich das klingt, so müssen wir doch feststellen, daß dies in der Vergangenheit nicht mehr funktionierte, daß es vielfach um Menge, Zuwachsraten usw. um jeden Preis ging. Nur so konnte es kommen, daß wir zum Beispiel Jahr für Jahr die Jugendmodeproduktion stark erhöhten, aber zugleich bei nicht wenigen Sortimenten Absatzschwierigkeiten haben, Ladenhüter produziert werden. Kennziffernsysteme, ohne die es auch künftig nicht geht, müssen die tatsächliche Befriedigung dieser Bedürfnisse zum Ziel haben.

Wir müssen davon ausgehen, daß die Interessen der einzelnen Werktätigen, ihrer Betriebe und der Gesellschaft als Ganzes durchaus nicht von vornherein identisch sind, daß zwischen ihnen Widersprüche existieren, die ausgestritten werden müssen, um auch bei Entscheidungen auf wirtschaftlichem Gebiet zu einer weitgehenden Übereinstimmung der Auffassungen zu kommen. Auch daraus ergibt sich für mich, daß unser gesamtes künftiges Wirtschaftssystem vom Wirken wahrer sozialistischer Demokratie durchdrungen sein muß. Widersprüche müssen ausgetragen und als Triebkräfte wirksam werden und dürfen nicht verdrängt und verkleistert werden.

2. Wenn es um Bedürfnisse geht, müssen wir nach meiner Meinung auch das Wesen unserer sozialen Politik neu bestimmen. Wir haben hier ohne Zweifel viel erreicht, und vieles davon gilt es zu bewahren. Aber Erneuerung ist auch hier nötig. Wissenschaftliche Analysen zeigen, daß u. a. folgende Wünsche, Interessen als immer wichtiger von den Werktätigen empfunden werden: qualitativ hochwertige, persönlichkeitsfördernde Arbeit, die auch arbeitsmedizinisch und ökologisch höheren Ansprüchen genügt; ein flexibilisiertes Arbeitszeitregime bei gleichzeitiger Verkürzung der Wochenarbeitszeit – aber hier dürfen wir uns nicht selber durch die Gewerkschaften unter Druck setzen lassen, sondern müssen alles ausdiskutieren – und wesentlich größere Auslastung der Arbeitszeit selbst – da liegen große Reserven; die ökologische und sozialprogessive Umgestaltung unserer Lebensumwelt; die qualitative Entwicklung unseres Wohnfonds; die Infrastruktur der Städte und Gemeinden mit sehr viel mehr autonomen Gestaltungsräumen für Individuum und für Kollektive; Umgestaltung der Konzeption von primär extensiven Tendenzen zu einer mehr auf

die Persönlichkeitsentwicklung gerichteten Konsumtion; Abbau gesundheitlich und auch ökologisch negativer Verbrauchstendenzen im Bereich von Nahrung und Genuß; Entwicklung moderner, innovativer, ressourcensparender industrieller Konsumgüter; Ausbau der Dienstleistungen und der Freizeitmöglichkeiten.

Diese individuellen Ansprüche verkörpern durchaus auch gesellschaftliche Notwendigkeiten. Eine solche Neubestimmung sozialer Politik wäre meines Erachtens eine zukunftsträchtige sozialistische Alternative zur kapitalistischen Politik; denn vieles davon ist nur tatsächlich im Sozialismus zu realisieren.

3. Die Wirtschaftsreform sollte auf der Basis des bisher Gesagten eine durchgreifende Ökonomisierung der ganzen Wirtschaft, unserer ganzen Gesellschaft bewirken. Die Beziehungen der Wirtschaft nach innen wie nach außen, untereinander und zu anderen Bereichen, wie der Wissenschaft, müssen tatsächlich Ware-Geld-Beziehungen werden und stets von der Einheit der Frage ausgehen: Wie dient das der Bedürfnisbefriedigung? Was kostet die Sache? Was bringt sie ein? Dabei müssen die Antworten zu Ende gedacht und stets in ihrer Komplexität gesehen werden.

Subventions- und Preispolitik gilt es unvoreingenommen zu überdenken. Das Leistungsprinzip als ein Bewegungsprinzip der sozialistischen Gesellschaft muß für den einzelnen gelten wie auch für jede Wirtschaftseinheit. Gute, ehrliche Arbeit muß so abrechenbar und nachprüfbar auf jeder Ebene zum Maß aller Dinge werden. (. . .)

Genossen! Ich wollte zur Lage sprechen, Konstruktives anbieten und zeigen: Wir haben in der DDR noch eine Chance für den Sozialismus, ja, ich glaube, bei aller Schwere eine wirkliche Chance und eine ganz enorme Verantwortung. Auch im Vergleich zu den anderen sozialistischen Ländern haben wir, was wirtschaftliche und soziale Leistungen anbetrifft, immer noch einen relativ günstigen Ausgangspunkt. (. . .)

Schritte zur Erneuerung

Aktionsprogramm der SED, beschlossen auf der 10. ZK-Tagung vom 8. bis 10. November 1989 (Auszüge)

Die Deutsche Demokratische Republik ist im Aufbruch. Eine revolutionäre Volksbewegung hat einen Prozeß gravierender Umwälzungen in Gang gesetzt. Die Erneuerung des Sozialismus steht auf der Tagesordnung.

Es bedurfte der friedlichen Massenproteste der Bevölkerung, der Willensbekundungen vieler politischer Organisationen, des konstruktiven Wirkens kirchlicher Kreise und des wachsenden Drucks der Basis unserer eigenen Partei sowie eines Lernprozesses in der Parteiführung, um die erstarrten politischen Strukturen aufzubrechen und erste Schritte einer Wende einzuleiten. (. . .)

Für eine Reform des politischen Systems

Wir schlagen vor, die Volkskammerwahlen auf der Grundlage einer neuen Wahlgesetzgebung durchzuführen.

Wir sind für ein Wahlrecht, das eine freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahl gewährleistet und in jedem Stadium der Wahl die öffentliche Kontrolle garantiert.

Wir setzen uns dafür ein, daß Volkskammer und örtliche Volksvertretungen ohne Bevormundung ihre verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten als souveräne Machtorgane, die dem Volke verantwortlich sind, uneingeschränkt wahrnehmen.

Wir sind für eine demokratische Koalitionsregierung.

Die SED tritt für eine kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden ein, die sich auf kommunales Eigentum und garantierte Verfügungsrechte über materielle und finanzielle Fonds stützt.

Die SED will ihren Beitrag einbringen in eine breite Bewegung, die alle gesellschaftlichen Kräfte auf gleichberechtigter Grundlage zum Dialog und zur Mitverantwortung bei der Gestaltung eines modernen, erneuerten Sozialismus vereinigt. Wir befürworten das Wirken neuer politischer Vereinigungen auf dem Boden der Verfassung und suchen einen Konsens mit ihnen. Wir sind für vertrauensvolle Beziehungen zwischen Staat, Kirche und Religionsgemeinschaften.

Für den sozialistischen Rechtsstaat

Es geht um einen sozialistischen Rechtsstaat, der von den Grund- und Menschenrechten ausgeht und die Gesellschaft durchgehend auf der Grundlage des Rechts organisiert. Recht und Gesetz sind das Maß des politischen Handelns der SED.

Das Zentralkomitee schlägt die Einrichtung eines Verfassungsgerichtshofs vor, der über die Einhaltung der Verfassung wacht.

Das Zentralkomitee hält folgende neuen Gesetze für dringlich:

- ein Gesetz über die Vereinigungsfreiheit
- ein Gesetz über die Versammlungsfreiheit
- ein Wahlgesetz
- ein Mediengesetz
- eine Veränderung des Strafrechts.

Besonderes Gewicht erhalten die strikte Wahrung der Unabhängigkeit des Richters, umfassende Wirkungsmöglichkeiten für Rechtsanwälte und die durchgreifende Gesetzlichkeitsaufsicht des Staatsanwalts.

Das Zentralkomitee hält eine Verwaltungsreform für unumgänglich. (. . .)

In der Arbeit der Schutz- und Sicherheitsorgane ist Transparenz erforderlich. Von uns wird vorgeschlagen, daß alle mit der öffentlichen Ordnung und staatlichen Sicherheit zusammenhängenden Fragen in einem neuen Gesetz geregelt werden. Ein Volkskammerausschuß sollte die Kontrolle über die Tätigkeit der Schutz- und Sicherheitsorgane ausüben.

Für umfassende Information und Medienfreiheit

Freie Medien sind unerläßlich für die sozialistische Demokratie. Der ständige Dialog findet hier eines seiner wichtigsten Ausdrucksmittel. Die Medien sollen mit Komptenz und Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gesellschaft die Interessen- und Meinungsvielfalt artikulieren und die Verständigung über sozialistische Lösungen befördern.

Parteien und Organisationen, Regierung und örtliche Staatsorgane, Betriebe, Genossenschaften und andere Institutionen sind zur Information gegenüber der Öffentlichkeit verpflichtet. Medien sollen Organe der öffentlichen Kontrolle sein.

Für eine umfassende Wirtschaftsreform

Die Lage und die Perspektive des Sozialismus erfordern eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik, verbunden mit einer umfassenden Wirtschaftsreform. Sie sollte gerichtet sein auf die ständig bessere Befriedigung der tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, der Volkswirt-

schaft und der ganzen Gesellschaft. Ihr Erfolg kann nicht an formalen Kennziffern und geschönten Zuwachsraten gemessen werden. Im Interesse der Lebensqualität in unserem Lande zielt sie darauf ab, das Tempo der wissenschaftlich-technischen Erneuerung, der Steigerung von Arbeitsproduktivität und Effektivität in den 90er Jahren erheblich zu beschleunigen. Was wir uns für die Zukunft vornehmen, muß mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes übereinstimmen. Es geht um Ausgewogenheit von wirtschaftlicher und sozialer Leistung. Mit der Wirtschaftsreform sind die Bedingungen zu schaffen, daß sich das Verhältnis der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zum sozialistischen Eigentum enger gestalten kann. Es geht um eine an den Marktbedingungen orientierte sozialistische Planwirtschaft, die allen am Wirtschaftsprozeß Beteiligten Anreize für ökonomische Initiativen und hohe Leistungen bietet.

Das Zentralkomitee ist der Meinung, daß die von der Volkskammer neu zu bildende Regierung Vorschläge für eine Wirtschaftsreform ausarbeiten und öffentlich zur Diskussion stellen sollte. (. . .)

Für Freiheit und Verantwortung in Kultur und Kunst

Wir treten ein für künstlerische Freiheit und für Eigenverantwortung der Kunst- und Kulturschaffenden, der künstlerischen und kulturellen Institutionen. Sie sind für die Umgestaltung unseres Lebens unentbehrlich. Das Austragen unterschiedlicher Meinungen und Haltungen zu künstlerischen Konzeptionen und Leistungen soll in breiter Öffentlichkeit erfolgen. Bevormundung und Gängelei, administrative Eingriffe und Zensur sind auszuschließen, die staatliche Genehmigungspflicht für das Erscheinen von Büchern und für die Aufführung von Theaterstücken sollte abgeschafft werden. (. . .)

Für eine Reform des Bildungswesens

Wir treten ein für die Abschaffung des Wehrunterrichts in der Schule, für die Veränderung der Wehrdienstvorbereitung der Lehrlinge, der Zivilverteidigungsausbildung und der militärischen Quantifizierung der Studenten. Die Zivilverteidigung sollte auf den Katastrophenschutz ausgerichtet werden. (. . .)

Für die erneuerte SED

Das Leben hat die entschiedene Erneuerung unserer Partei auf die Tagesordnung gesetzt. Selbstkritisch und schonungslos decken wir – beginnend beim Zentralkomitee – die Ursachen von Fehlentwicklungen und der tiefen Vertrauenskrise auf. Einheitlich handelnd, wollen wir die politische Offensive wiedererlangen.

Der Marxismus-Leninismus ist und bleibt die Weltanschauung unserer Partei. Durch nichts und niemand darf seine schöpferische Weiterentwicklung behindert werden. Wir beanspruchen kein Monopol auf die Wahrheit und fördern Meinungsvielfalt, Toleranz und ehrliches Ringen um die besten Lösungen. Die marxistisch-leninistische Theorie darf der aktuellen Politik nicht untergeordnet sein. (. . .)

Für die freie Entwicklung der Frauen

Der Persönlichkeitsentwicklung der Frau gilt künftig weit mehr Aufmerksamkeit. Es geht um die Berücksichtigung der spezifischen Stellung der Frauen, um die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Elternschaft sowie einen größeren Frauenanteil in Führungsfunktionen. Die Genossinnen im DFD sollten sich in diesem Sinne für eine grundlegende Erneuerung der Frauenorganisation einsetzen. Wir schlagen vor, bei der Regierung ein Referat für Frauenfragen, einen Ausschuß für Frauenfragen in der Volkskammer sowie Ständige Kommissionen für Frauenfragen bei den Bezirks- und Kreistagen zu bilden.

Für freie und unabhängige Gewerkschaften

Die Partei achtet, daß der einheitliche Freie Deutsche Gewerkschaftsbund selbständig die individuellen und kollektiven Interessen der Werktätigen für die Erneuerung des Sozialismus konsequent vertritt und fördert. Als Instrument der demokratischen Gegenkontrolle im besten Leninschen Sinne sind freie und unabhängige Gewerkschaften eine umfassende Massenbasis der sozialistischen Demokratie. Die Genossen in den Industriegewerkschaften und Gewerkschaften sollten sich aktiv für die Verwirklichung der ökonomischen, sozialen, politischen Interessen und gute Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen einsetzen.

Für eine Konzeption des modernen Sozialismus

Das Zentralkomitee hält es für erforderlich, eine strategische Konzeption für die grundlegende Erneuerung des Sozialismus in den 90er Jahren auszuarbeiten und zur Diskussion zu stellen. Es wird eine Arbeitsgruppe des Zentralkomitees gebildet, die den Entwurf dieser Konzeption Anfang 1990 dem Zentralkomitee vorlegt. (. . .)

Hoffnung, Dialog, Konsens

Interview mit Konsistorialpräsident Manfred Stolpe im „Neuen Deutschland“ vom 11. November 1989 (Wortlaut)

Frage: Millionen melden sich im Dialog über die Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR zu Wort. Welche Hoffnungen sehen Sie nach den vielen Demonstrationen, Meinungsäußerungen und nun während der Tagung des ZK der SED?

Antwort: Wir erleben so etwas wie eine demokratische Revolution, einen Vorgang, der auch außerhalb der DDR mit sehr großem Interesse und hohem Respekt beobachtet wird. Meine Hoffnung ist heute, dieser dramatische Prozeß möge gelingen und uns zu einschneidenden politischen und ökonomischen Veränderungen bringen, die unser Land so neu gestalten, daß sich hier alle wohl fühlen werden. Die Ergebnisse des 4. und 8. November haben nach meiner Überzeugung die Aussichten dafür verbessert, denn am 4. November vollzog sich eine außerordentlich eindrucksvolle, gewaltlose und disziplinierte Demonstration, die die politische Landschaft verändert hat, und am 8. November vollzog sich eine bisher nicht erlebte Änderungsbereitschaft der SED, die ebenfalls die politische Landschaft weiter einschneidend verändert hat.

Frage: Worin sehen die evangelischen Kirchen ihre Position in diesen Prozessen?

Antwort: Die Kirchen haben nicht vorrangig politische Aufgaben. Aber der christliche Glaube weist uns an alle Bereiche des Lebens. Deshalb denken, hoffen und beten wir auch in den gegenwärtigen Prozessen unseres Landes mit. Wir sehen zur Zeit unsere Hauptaufgaben darin, für Gewaltlosigkeit in den schwerwiegenden Veränderungsprozessen einzutreten und das Gespräch zwischen den unterschiedlichen Positionen zu unterstützen. Es wird richtig sein, für die gemeinsame Zukunft einen Interessenausgleich und einen Konsens zu suchen, und dafür gibt es nur das Instrumentarium des Dialoges. Ihn zu fördern, ist eine Aufgabe auch der Kirche.

Frage: Alle Gedanken richten sich auf große Veränderungen. Überstürzen oder wohl durchdenken?

Antwort: Das sehe ich differenziert. Schnell müssen überzeugende Signale der Veränderung mit konkreten terminierten Zielvorstellungen und auch für die Menschen erfahrbaren Maßnahmen kommen. Dazu würde ich zum Beispiel rechnen, daß nach den Aussagen über Möglichkeit und Notwendigkeit freier und geheimer Wahlen auch konkrete Ankündigungen kommen könnten.

Zum Beispiel könnte ich mir vorstellen, daß dafür ein genauer Zeitplan entworfen wird, der die Ernsthaftigkeit der Änderungsbereitschaft unterstreichen würde. Gründlicher, sehr gründlich muß das Projekt einer zukünftigen Gestalt unserer politischen und Wirtschaftsordnung bedacht werden. Hier wird es nötig sein, die Ideen vieler einzubringen, um zu einem weithin überzeugenden Modell zu gelangen. In dem Zusammenhang sehe ich mittelfristig auch eine Verfassungsdebatte erforderlich, in der versucht werden könnte, die Struktur einer antifaschistischen, demokratischen, rechtsstaatlichen und sozialistischen DDR gemeinsam zu gestalten.

Frage: Egon Krenz hat von der realistischen Zukunftsvision des Sozialismus gesprochen. Gehen sie hier mit?

Antwort: Beim Weltkirchenrat ist Genf wurde ich dringend gefragt, ob denn die Gefahr bestünde, daß in der DDR vorschnell die sozialistischen Positionen der sozialen Gerechtigkeit und sozialen Gleichheit aufgeopfert würden zugunsten marktwirtschaftlicher Orientierungen. Gerade für Vertreter aus den Entwicklungsländern hat offenbar die alternative Überlegung eines sozialistischen Gesellschaftsmodells, in dem die Bedürfnisse der Menschen Vorrang vor dem Profitstreben haben, eine wichtige Bedeutung. Wörtlich wurde mir von einem leitenden Vertreter gesagt: „Wenn ihr nicht mehr versucht, eine soziale Alternative zu verwirklichen, werdet ihr uns eine Hoffnung nehmen." Das Scheitern eines bürokratischen Sozialismus macht es nun nach meiner Überzeugung zwingend nötig, ein überzeugenderes Modell für den uralten Traum der Menschheit nach Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit zu entwickeln.

Frage: Noch immer verlassen viele Menschen die DDR – die schärfste Form der Kritik an ihr. Was möchten Sie ihnen sagen?

Antwort: Die weitere massenhafte Abwanderung ist bedrückend. Die Kirche hat seit den 50er Jahren die Menschen immer wieder dringend gebeten, verantwortlich auch gegenüber dem Nächsten zu handeln und den von Gott gewiesenen Platz ernst zu nehmen. Ich möchte eine Sorge hinzufügen: Seit vielen Jahren habe ich mit Menschen gesprochen, die unser Land verlassen wollten. Dabei habe ich mit großer Sorge beobachtet, wie schnell und mit welchen Illusionen solche Trennungsscheidungen oft vollzogen worden sind. Daher kann ich nur herzlich und dringend bitten: Überlegen Sie genau, was Sie für sich, für Ihre Mitmenschen, aber auch für Ihre Kinder für eine Zukunftsentscheidung treffen! Materielle Besserstellung ist wirklich nur ein Teil des Lebens. Beraten Sie sich mit Vertrauenspersonen, zum Beispiel auch mit Pfarrern, bevor Sie einen schwer widerruflichen Schritt tun.